



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XII/ August 1957

Hinweise

auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24831-33

Fernschreiber 0856890

Zu einer Veröffentlichung des SPD-Vorstandes	S. 1
Neue Konstellation auf dem Balkan?	S. 3
Bonn und die ausländischen K.Z.-Opfer	S. 4
Zum Tode von Richard Stokes	S. 5
Der Schwertschlag des Herrn Diözänenpräses	S. 6
Fragwürdige Selbstreklame	S. 7

So haben sie abgestimmt!

Sp. In den vier Jahren der nun auslaufenden Legislaturperiode des Bundestages sind die Fraktionen wieder der parlamentarischen Gepflogenheit gefolgt, zu den wichtigsten Entscheidungen die Stimmen des Hauses namentlich festzuhalten. Jenseits von Taktik und Polemik ist so die Wahrheit über Haltung und Stellung eines jeden Parlamentariers und jeder einzelnen Fraktion in den Protokollen des Bundestages ablesbar. Der Riesenumfang der parlamentarischen Arbeit bringt es mit sich, daß nur ein kleiner Kreis besonders Interessierter Kenntnis von den Protokollen, Dokumenten und Entscheidungen erhält, soweit sie nicht aus besonderem Anlaß Niederschlag in der allgemeinen Berichterstattung finden.

Aus diesem Grunde hat es der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands übernommen, anhand der Bundestagsprotokolle die vorliegende aufschlußreiche Übersicht "So haben sie abgestimmt!" zusammenzustellen.

Die Auswertung dieser offiziellen Unterlagen ergibt vor allem, daß zahlreiche Legenden, die Gegner der SPD in die Welt gesetzt haben, im Lichte der Tatsachen nicht bestehen können. So hält die Behauptung, die SPD habe im Bundestag "stets Nein gesagt" der dokumentarisch belegten Wirklichkeit in keiner Weise stand. Es zeigt sich, daß die SPD-Fraktion bei 155 namentlichen Abstimmungen, die in dem vorliegenden Buch festgehalten sind (gemessen an der Entscheidung der Fraktionsführung), insgesamt 115 mal mit Ja abgestimmt hat.

Gegenüber stimmte bei den gleichen Entscheidungen die CDU/CSU-Fraktion bemerkenswerterweise 115 mal mit Nein. An 100 namentlichen Abstimmungen nahm Dr. Aderauer nicht teil.

Geht man nach der Zahl der zu namentlicher Abstimmung betrachteten Anträge der SPD, so liegt das Schwergewicht auf 57 Anträgen zur Sozialpolitik, von denen wiederum 28 Verbesserungen den Bereich der Sozialversicherungen umfaßten und 15 die Gesetzgebung über das staatliche Kindergeld. Es gelang der SPD-Fraktion, fünf sozialpolitische Anträge durchzubringen, deren zwingender Notwendigkeit sich die CDU/CSU-Mehrheit nicht, wie in den anderen Fällen, entziehen konnte. Angenommen wurde z.B. der SPD-Antrag, Witwen mit Kindern eine Rente zu gewähren und 1,2 Millionen Empfänger von Waisenrenten eine Erhöhung ihrer Bezüge zu geben. In Erinnerung gebracht wird in diesem Zusammenhang ferner, daß die CDU/CSU-Fraktion einen bereits angenommenen Antrag, der alle Sozialversicherten für berufsunfähig erklärte, wenn ihre Arbeitskraft um die Hälfte gemindert ist, in wiederholter Abstimmung rückgängig machte.

Im Mai 1955 verhinderte eine Mehrheit des Bundestages die Annahme eines Antrages zur Verbesserung des Landpachtgesetzes. Er sollte die Bauern vor vorzeitiger Kündigung alter Landpachtverträge schützen. Ein Antrag, der sich für eine erweiterte Freizeit der Beamten als Ersatz für geleistete Überstunden einsetzte, wurde von der Mehrheit des Hauses abgelehnt. Auch ein Antrag, den dringenden Bitten der Studentenschaft Rechnung zu tragen und die jährlichen Mittel zur Studienförderung des Bundes auf 115 Millionen DM zu erhöhen, fand, wie sich aus der Veröffentlichung des SPD-Vorstandes ergibt, keine Mehrheit.

Besonders deutlich tritt bei den außerpolitischen Entscheidungen die mangelnde Bereitschaft der Regierung-Mehrheit zur Verständigung mit der Opposition zutage. Alle SPD-Anträge zur Verbesserung der Stellung der Bundesrepublik in der Welt und zur Förderung einer Politik der Wiedervereinigung Deutschlands wurden niedergestimmt.

Unter dem Fallbeil der Koalition blieben Anträge der SPD gegen die Preistreiberi, für großzügige sozialpolitische Regelungen im Zusammenhang mit der Eingliederung der Saar, Anträge zugunsten von Wehrdienstverweigerern und Soldaten und schließlich solche für die gesetzliche Regelung der Finanzierung demokratischer Parteien.

Wer die Veröffentlichung "So haben sie abgestimmt!" vorurteilslos zur Hand nimmt, wird nicht umhinkönnen, darin eine über den Tag hinaus verdienstvolle Arbeit zu sehen, die zudem nicht nur wegen ihres politischen Inhalts sondern auch wegen ihres statistischen Materials besonders von Publizisten und Journalisten als Nachschlagewerk beachtet werden wird. Darüber hinaus aber findet die gesamte Öffentlichkeit darin einen Querschnitt durch die politische Haltung des gegenwärtigen Bundestages, der noch einmal in Erinnerung ruft, was man vielleicht bereits vergessen wähnte, und zwar mehr aber für den Staatsbürger von Bedeutung sein kann.

Griechische Befürchtungen

(Von unserem Balkan-Korrespondenten)

Im Juni folgte das griechische Königspaar einer Einladung des jugoslawischen Staatschefs auf die Insel Brioni. Dies war der zweite private Besuch, seitdem Marschall Tito im vergangenen Jahr auf der griechischen Insel Korfu weilte. Der Besuch festigte erneut die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Während des Besuches haben politische und diplomatische Kreise in Athen die Frage untersucht, inwieweit die jüngsten Geschehnisse in der Sowjetunion die jugoslawische Politik - insbesondere seiner Nachbarn gegenüber - beeinflussen könnten. Man zweifelt in Athen nicht daran, daß die jugoslawisch-griechischen Beziehungen sich auf einer Grundlage entwickeln, wie sie im Dezember vorigen Jahres beim Besuch des griechischen Ministerpräsidenten in Belgrad vereinbart wurde. Nach der Verschlechterung der griechisch-türkischen Beziehungen wegen der Zypernfrage wurde der praktisch nicht mehr bestehende Balkanpakt in Südosteuropa durch die gute Zusammenarbeit zwischen Athen und Belgrad ersetzt.

Die letzten sowjetischen Äußerungen gegenüber Jugoslawien nach der Säuberungsaktion im Kremel nahm man in Athen jedoch mit einiger Skepsis auf. Von jeher ist Griechenland für alles empfindlich, was an seinen nördlichen Grenzen vor sich geht. Die Erklärungen Moskaus über die Notwendigkeit der Normalisierung der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen ließen in Athen die Vermutung aufkommen, Jugoslawien könnte die Gelegenheit ausnutzen, um seinen Einfluß auf die Ostblockstaaten auf Kosten seiner heutigen Bindungen zum Westen - insbesondere zu Griechenland - zu vergrößern. Eine solche Entwicklung würde die Gefahr in sich bergen, daß durch eine Besserung der Zusammenarbeit zwischen Jugoslawien, Bulgarien und Albanien und durch eine eventuelle Wiederbelebung des Gedankens an einen kommunistischen Balkanbund unter der Führung Belgrads Griechenland in Südosteuropa isoliert würde; und das zu einer Zeit, in der sich eine baldige Normalisierung der griechisch-türkischen Verhältnisse nicht absehen läßt.

Diese Skepsis der Griechen wird noch durch ein Interview verstärkt, das Marschall Tito kürzlich einer amerikanischen Fernsehgesellschaft gewährte. Der jugoslawische Staatschef erklärte, daß nach seiner Meinung der Balkanpakt seine Bedeutung verloren hat, weil augenblicklich keine Kriegsgefahr bestehe. Andererseits hat Tito der Bereitschaft seines Landes Ausdruck gegeben, gute Beziehungen zu allen Nachbarländern zu pflegen. Diesen Standpunkt wertet man in Athen als eine Wendung der jugoslawischen Politik, die noch im Dezember eine Festigung des Balkanpaktes ausdrücklich befürwortet hatte. Außerdem glaubt man in Griechenland, daß sich für eine Neuorientierung der Belgrader Politik nach der letzten Säuberungsaktion in Rußland neue Perspektiven ergeben haben, insbesondere im Hinblick auf eine Annäherung zu den "sozialistischen" Ländern des Balkans. Für eine Zusammenarbeit Jugoslawiens mit diesen Ländern könnte, - so fürchtet man in Athen, - der Balkanpakt eine Belastung sein. Dies könnte sogar dazu führen, daß Belgrad das Bestehen dieses Paktes bei seinen Aktionen übergeht. Die Satellitenstaaten haben bekanntlich schon immer diesem Bündnis sehr mißtrauisch gegenübergestanden.

Der königliche Besuch auf der Insel Brioni hat erneut die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern auf höchster Ebene unterstrichen. Nichtsdestoweniger erwartet man in Athen Erklärungen über die Tendenz der neuerlichen jugoslawischen Politik.

Schatten der Vergangenheit

Sp. Schon vor längerer Zeit haben die Regierungen von Großbritannien, Frankreich, Norwegen, Dänemark, Griechenland und der Beneluxstaaten bei der Bonner Regierung Ansprüche auf Wiedergutmachung für diejenigen ihrer Bürger angemeldet, die durch die nationalsozialistische Herrschaft geschädigt worden sind. Untereinander haben sich diese Regierungen auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt. Der letzte Schritt war eine gemeinsam an Bonn gerichtete Note. Sie wies den Vorschlag der Bundesregierung zurück, diese Frage auf dem charitativen Wege regeln zu wollen. Bonn erkennt zwar im Prinzip den moralischen Anspruch der Geschädigten an, beruft sich aber auf den Artikel 5 des Londoner Schuldenabkommens, in dem sich diese Staaten verpflichteten, von der Bundesrepublik keine Reparationszahlungen zu verlangen.

Der Standpunkt der Bonner Regierung, über charitative Organisationen den Notleidenden unter den früheren ausländischen K.Z.-Häftlingen zu helfen, sei unzumutbar, heißt es in der letzten Note der acht Staaten. Sie bestehen auf einer vertraglichen, die Ansprüche genau fixierenden Regelung. Es handelt sich hier um ein Problem sehr delikater Natur, dessen Behandlung von deutscher Seite viel Takt und Einfühlungsvermögen erfordert. Alle diese Staaten sind durch die NATO Verbündete der Bundesrepublik, ein Hinhalten oder gar ein Ausweichen Bonns wird schon aus dem einfachen Grunde nicht möglich sein, weil hinter den Forderungen der ausländischen K.Z.-Geschädigten die öffentliche Meinung in den betreffenden Ländern steht. Sie reagiert sehr empfindlich auf ein Verhalten, das manche ausländischen Kommentatoren als Böswilligkeit auslegen. Es gibt nicht wenige Stimmen, die aus der Bereitwilligkeit der Bonner Regierung, auch diese Seite eines uns vom Dritten Reich auferlegten Erbes zu löschen, auf den Grad der Echtheit unseres Willens zur europäischen Zusammenarbeit schließen.

Im Interesse des Ansehens des ganzen deutschen Volkes und des freundschaftlichen Verhältnisses zu diesen acht Staaten wäre es gut, zu einer Verständigung zu gelangen, die die Zustimmung der früheren ausländischen K.Z.-Häftlinge und der Regierungen findet. Sonst laufen wir Gefahr, daß uns die Schatten des Dritten Reiches noch lange von diesen Völkern trennen. Die wohltätigen Folgen einer gewissen großzügigen im Rahmen des Zumutbaren sich haltenden Regelung würden gewiß nicht ausbleiben. Diese Rechnung muß sowieso eines Tages beglichen werden.

Ein Freund des deutschen Volkes verstorben

Sp. Ein Politiker, wie er fast nur auf britischem Boden gedeihen kann, ist dieser Tage in London verstorben - Richard Stokes, führendes Mitglied der Labour-Party. Stokes, der nur 50 Jahre alt wurde, stammte aus einer bekannten Fabrikantenfamilie, die sich auf die Waffenfabrikation spezialisiert hatte. Die Teilnahme am ersten Weltkrieg ließ ihn zum Gegner des Militarismus werden. In den Dreißiger Jahren zog er sich die Ächtung vieler britischer Rüstungsfabrikanten zu, als er der Regierung das Angebot machte, alle Rüstungsarbeit seiner Fabrik ohne Gewinn durchzuführen. Das schockierte die konservative Regierung; sie ging auf das Angebot nicht ein. Dieses Erlebnis bewog Stokes zum Eintritt in die britische Labourparty. Als Minister für Öffentliche Arbeiten und für Materialversorgung erwarb er sich ob seiner großen Erfolge das besondere Vertrauen des damaligen britischen Premiers Clement Attlee.

Die Deutschen haben jedoch einen besonderen Grund, den Tod dieses Mannes zu bedauern. Stokes besaß hohen moralischen Mut. Auf dem Höhepunkt des Vansitarismus und der deutschfeindlichen Strömungen während des zweiten Weltkrieges, als die V II, die fliegende Gestapo wie sie genannt wurde, große Schäden in London anrichtete, behielt Stokes den Blick für die Notwendigkeiten der Nachkriegszeit. Er pflegte auch in jenen dunklen Jahren den Kontakt mit den in London lebenden Deutschen, wandte sich öffentlich gegen den Wahnsinn der Austreibungen von Millionen Deutschen und gegen die Kollektivschuldthese. Als einer der ersten Auslandspolitiker besuchte er das in Trümmern liegende Nachkriegsdeutschland. Mit Victor Gollancz organisierte Stokes die ersten Lebensmittellieferungen; sie retteten ungezählten Deutschen das Leben. Für diesen Briten verband sich das Bekenntnis zu den humanistischen Werten eines freiheitlichen Sozialismus mit praktischer Hilfsbereitschaft. Den vielen, die ihn kannten, wird er unvergessen bleiben.

Der erste Schlag...

ap. Das Studium der Provinzpresse ist gelegentlich recht aufschlussreich. Da berichtet zum Beispiel die "Renshtal-Zeitung" in ihrer Ausgabe vom 5. August über die Hundertjahrfeier der Kolpingsfamilie Coerkirch in Badischen, wo der Diözesanpräses Dr. Stiefvater eine "aufbrüttelnde Festansprache" - so heisst es in der Zeitung - gehalten hat.

Die Ansprache muss wirklich "aufbrüttelnd" gewesen sein, denn der Herr Dr. Stiefvater erinnerte seine Kolpingsbrüder daran, dass der selbige Bernhard von Baden vor 500 Jahren auch schon eine "evangelische Verteidigungsarmee" bilden wollte. Dieser Bernhard sei ein Mann des Handelns gewesen und wenn er heute noch lebte, würde er genau so handeln. Denn - und jetzt lassen wir die "Renshtal-Zeitung" sprechen -: "An unserer Ostgrenze stehe eine Nacht anderen Glaubens, anderer Idee und einer anderen Ideologie. Mit ihr können wir uns auseinandersetzen. Gegen Divisionen könne man nicht mit Ideen kommen. Deshalb müsse unser erster Schlag ein Schwertschlag sein".

Der Herr Diözesanpräses Dr. Stiefvater hat es mit den "Schläger". Nach dem ersten Schwertschlag soll der "Hammerschlag zum inneren Aufbau unseres Volkes" kommen. Der dritte Schlag sei dann der "Handschlag", den man den Kameraden über die Landesgrenzen reichlich müsse und der vierte Schlag ein "Herzschlag" für die Kirche und den Herrgott - wobei der Herr Diözesanpräses wahrscheinlich nicht daran gedacht hat, dass seinen Kolpingsbrüdern nach dem "ersten Schlag" kaum noch die Puste für eine weitere Schlagerei übrig bleiben würde.

Die ganze Geschichte wäre recht amüsant, zumal Herr Dr. Stiefvater seine Kolpingsbrüder sinngemäss noch erinnerte, dass Kolping auch "ein Trommler" gewesen sei Sie ist aber leider sehr ernst. Die Kolpingsvereine haben sich seit einiger Zeit recht aktiv in den Wahlkampf zugunsten der CDU eingeschaltet. Sie tun das auf ihre Weise und sprechen mitunter manches sehr offen aus, was ein Bundeskanzler Adenauer mit Rücksicht auf das Ausland nicht zu sagen wagt. Es würde sonst zu heiligbrügig werden. Der "Schwertschlag" des Herrn Diözesanpräses Dr. Stiefvater passt aber genau in die Landschaft jener Kreuzzugs-Ideologie hinein, die manche Leute so innig mit der "Politik der Stärke" eines Dr. Adenauer verbindet.

Bezahlt aus dem Reptilienfond

sp. Seit etwa acht Jahren unterhält die Bundesregierung in den Vereinigten Staaten auf eigene Kosten ein Reklamebüro. Dagegen wäre an sich nichts einzuwenden. Jeder Staat ist bestrebt, anderen Völkern ein möglichst günstiges Bild über den Stand der eigenen Leistungen auf den verschiedensten Gebieten zu vermitteln. Das gehört gewiß zum friedlichen Wettbewerb. Anrühlich wird die Sache aber, wenn eine Regierung und ihre führenden Männer sich als die einzigen Repräsentanten ihres Volkes präsentieren und propagieren lassen. Das verstößt gegen die Gebote der Objektivität, wie sie, so sollte man annehmen, von jedem Demokraten zu respektieren sind. Der Reklamefirma kann man allerdings keinen Vorwurf daraus machen. Es gehört eben zu ihrem Geschäft, bestimmte Ideen, Waren oder Männer und Frauen im öffentlichen Bewußtsein in stetiger Erinnerung zu halten. Jedermann lobt die Ware, für deren Propagierung er bezahlt wird.

Die Bundesregierung hat allerdings ihre eigenen Auffassungen über Objektivität. Für sie besteht sie überhaupt nicht. Dieses besagte amerikanische Werbebüro ist damit beschäftigt, nur bestimmte Parteigrößen der größten deutschen Regierungspartei in amerikanischen Volk populär zu machen. Es liegt in der Natur der Sache, daß solches Vorhaben den Stempel der Einseitigkeit trägt. Die so beeinflusste Bevölkerung sieht nur die Lichtseiten, die Schattenseiten bleiben ihr verborgen. Die in Auftrag gegebenen Artikel und Filme stellen Adenauer als den strahlenden, klugen, weitsichtigen, von Altersweisheit erfüllten deutschen Staatsmann dar, dem kein Makel als Mensch und Politiker anhaftet und der sein ganzes Streben der Erziehung des eigenen Volkes zur Demokratie widmet. So etwas hören amerikanische Ohren besonders gern. Als geborener Demokrat öffnet der Durchschnittsbürger der Vereinigten Staaten jedem sein Herz, von dem er glaubt und von dem ihm gesagt wird, er sei dem Fortschritt, dem Liberalismus, der Toleranz und der Demokratie verbunden.

So entsteht ein Adenauerbild, dem alle dunklen Züge fehlen. Wer so von dieser von Bonn bezahlten Reklamefirma bedient wird, identifiziert - und das ist schließlich die gewollte psychologische Wirkung dieser an Goebbels geschulten Propaganda - die Person Adenauers mit der deutschen Demokratie und mit Deutschland schlechthin. Daß Deutschland und die deutsche Demokratie auch ohne Adenauer bestehen können, kommt ihm gar nicht zu Bewußtsein. Eine mögliche Niederlage Adenauers verbindet sich bei den Lesern und Empfängern dieses Propagandastoffes mit der Vorstellung einer Katastrophe. Für ihn gelten Adenauers innenpolitische Gegner als Feinde der Demokratie und des Fortschrittes - er ist dann ganz genau am Punkt angelangt, der ihn unfähig zum Erkennen der deutschen Wirklichkeit macht.

Damit bekommt die Selbstreklame Adenauers und seines engsten Anhangs für das ganze deutsche Volk befrüchtende Aspekte. Diese Werbemethoden verschleiern dem Ausland die Tatsache, daß Adenauer nicht Deutschland und Deutschland nicht Adenauer ist.

Verantwortlich: Günter Markscheffel